

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Martina Renner, Frank Tempel, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Kersten Steinke, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

Interventionsfälle im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Anregung von Bundes- und Landessicherheitsbehörden

Nach Beantwortung der Kleinen Anfrage „Interventionsfälle des Bundesamtes für Flucht und Migration“ durch die Bundesregierung in Bundestagsdrucksache 18/7230 ergeben sich eine Reihe von Nachfragen hinsichtlich von Interventionsfällen weiterer Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sowie zu Befragungen und Kontaktaufnahmen des Bundesamtes für Verfassungsschutz gegenüber Flüchtlingen seit 2014.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Interventionsfälle wurden in den Jahren 2000-2015 jeweils von Bundeskriminalamt (BKA), Bundespolizei (BPol) und Zoll an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bzw. das BAMF herangetragen (bitte nach Jahresscheiben auflisten)?
2. In wie vielen der in der Antwort auf Frage 1 genannten Fällen wurde auf Grundlage eines Interventionsfalles ein Schutzstatus gewährt (bitte auflisten nach Jahren, Anzahl der Interventionen von BKA, BPol und Zoll, Art des Schutzstatus und Aufenthaltstitels)?
3. Aus welchen Herkunftsländern stammten die jeweiligen Asylsuchenden in den Antworten auf die Fragen 1 und 2 (bitte auflisten nach Jahren und Anzahl der Interventionen des BKA, der BPol und des Zolls)?
4. In welchen Fällen der in der Antwort auf Frage 1 genannten Fällen lehnte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bzw. das BAMF die Anerkennung eines Nachfluchtgrundes mit welcher Begründung ab (bitte auflisten nach Jahren und Herkunftsland, sowie unter Angabe ob Intervention aus BKA, BPol oder Zoll erfolgte)?
5. Inwieweit war das Bundesministerium des Inneren über diese Praxis informiert (bitte unter Angabe seit wann, durch wen und gegenüber wem)?
6. Sind der Bundesregierung Fälle in den Jahren 2000-2013 bekannt, in denen im Zuge von Interventionsfällen anerkannte Flüchtlinge mit Straftaten aus dem Bereich der Voraussetzungen in § 3 G10-Gesetz verurteilt wurden?

Wenn ja, bitte auflisten unter Angabe von Jahr der Verurteilung und Art der Straftat, Herkunftsland des Flüchtlings, Anerkennungsjahr durch das BAMF und Ausweis ob Interventionsfall des BKA, der BPol oder des Zolls.

7. Auf welcher Grundlage wird die Praxis der „Interventionsfälle“ im BAMF oder der Vorgängerbehörde bezogen auf BKA, BPol und Zoll durchgeführt?
8. Inwieweit sind der Bundesregierung unter den Fragestellungen 1-7 Interventionsfälle bekannt, bei denen sich Sicherheitsbehörden der Länder (Landeskriminalämter, Landesämter für Verfassungsschutz, Polizeidienststellen) mit „Interventionsfällen“ an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bzw. das BAMF in den Jahren 2000-2015 wandten (bitte nach Jahresscheiben auflisten)?
9. Auf welcher Grundlage erfolgen ggf. diese Interventionen gegenüber dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bzw. dem BAMF durch Sicherheitsbehörden der Länder?
10. In wie vielen Fällen gingen Interventionen durch Sicherheitsbehörden des Bundes gegenüber dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bzw. dem BAMF in den Jahren 2000-2015 entsprechende Anregungen von Sicherheitsbehörden der Länder (Landeskriminalämter, Landesämter für Verfassungsschutz, Polizeidienststellen) voraus (bitte auflisten nach Jahren und Herkunftsland sowie unter Angabe des die Intervention anregenden Bundeslandes)?
11. Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich Sicherheitsbehörden der Länder an Ausländerbehörden direkt mit der Bitte um Gewährung eines Bleibestatus im Zusammenhang mit „Interventionen“ auf Landesebene in den Jahren 2000-2015 wandten?

Wenn ja, bitte unter Nennung des Jahres, von Bundesland, Sicherheitsbehörde und beteiligter Ausländerbehörde?
12. Wieso werden wie in Antwort auf Frage 14 in der Bundestagsdrucksache 18/7230 ausgeführt, zu den anlassbezogenen Kontaktaufnahmen mit Asylsuchenden durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) seit 2014 keine Statistiken geführt?
13. Unter welcher Bezeichnung/welchen Namen tritt seit 2014 das BfV Flüchtlingen bei anlassbezogenen Kontaktaufnahmen mit Asylsuchenden auf?
14. Inwiefern und in welchem Umfang kommt das Bundesministerium des Inneren über diese Informationsbeschaffungsmaßnahmen des BfV seither seiner Unterrichtungspflicht nach § 8b Absatz 3 BVerfSchG anstelle des gleichlautenden, aber aufgehobenen § 8a Absatz 6 BVerfSchG gegenüber den Parlamentarischen Gremien nach?

Berlin, den 24. Februar 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion